

Das Handwerk fordert für Berufsschüler eine Gleichbehandlung mit den Schülern der allgemeinbildenden Schulen

Der Wirtschaftsverband Handwerk Mecklenburg-Vorpommern begrüßt nach wie vor, dass die Landesregierung anerkannt hat, dass eine finanzielle Unterstützung von Berufsschülern bei notwendiger auswärtiger Unterbringung erforderlich ist.

Allerdings ist es unverständlich, warum die Regierungsfractionen weiterhin an der missglückten Richtlinie des Bildungsministeriums festhalten und nun über eine Bundesratsinitiative eine Änderung der Sozialgesetze auf Bundesebene anstreben, dessen Erfolg sowohl zeitlich als auch inhaltlich nicht absehbar ist.

Der Ansatz des Bildungsministeriums ist und bleibt weiterhin ungerecht und verstößt gegen das Prinzip der Gleichbehandlung, wenn die Zuschussempfänger auf den Kreis der von sozialer Härte Betroffenen beschränkt sind, deren täglicher Fahrtweg hin und zurück insgesamt mindestens drei Stunden dauert. Aufgrund dieser Beschränkungen ist der Kreis der Anspruchsberechtigten bereits stark eingegrenzt. Und selbst dann, wenn diese Bedingungen erfüllt sein sollten, scheuen viele Unternehmen die aufwendige Bearbeitung eines mehrseitigen Antrages für einen derart geringen Zuschuss. In den meisten Fällen unterstützen die Unternehmen ihre Auszubildenden dann lieber im Alleingang.

Anstatt über einen geringen Fahrkostenzuschuss zu debattieren, der aufwendig beantragt werden muss und nur wenigen Berufsschülern zusteht, sollte vielmehr endlich der Aspekt der Berufsschulpflicht Beachtung finden. Für alle Auszubildenden gilt die Berufsschulpflicht. Zudem sind viele Berufsschüler minderjährig. Der Wirtschaftsverband Handwerk Mecklenburg-Vorpommern fordert deshalb eine Gleichbehandlung mit den Schülern der allgemeinbildenden Schulen, also eine kostenfreie Beförderung für Berufsschüler zu der jeweils zuständigen Berufsschule.

Angesichts sinkender Auszubildendenzahlen ist es perspektivisch unvermeidlich, die Ausbildung vieler Berufe in überregionalen Fachklassen und Landesfachklassen durchzuführen, was zwangsläufig mit längeren Anfahrtswegen und somit größeren finanziellen Belastungen für die Lehrlinge und ihre Eltern verbunden ist. „Die derzeitige Situation stellt ein echtes Ausbildungshemmnis dar, sodass die Gefahr eines weiteren Rückganges der Lehrlingszahlen besteht“, meint Michael Rooff, Präsident des Wirtschaftsverbandes Handwerk Mecklenburg-Vorpommern. „Darüber hinaus sind weitere Abwanderungen von Jugendlichen in die benachbarten Metropolen zu befürchten, wenn die strukturellen Nachteile unseres Bundeslandes nicht hinreichend kompensiert werden.“